

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhandlungen  
des In- u. Auslandes.

Subskribenten  
für die Vereinigten Staaten:  
F. W. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hag,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
1ten Monat besonders an-  
genommen; im Kgr. Sachsen  
u. Herzogth. Sachsl.-Meiningen  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

## Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 39.

Mittwoch, 7. April.

1875.

### An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für April Seitens einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1875 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Meiningen zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

### Bemerkungen zu dem Entwurf eines Gesetzes über gewerbliche Hilfskassen.

A. Seit Einführung der norddeutschen, jetzt deutschen Gewerbeordnung vom Jahre 1869 herrschte auf dem Gebiete gewerblicher Hilfskassen große Zersplittertheit. Jenes Gesetz bestimmte nämlich in seinem § 141: „Bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes bleiben die Anordnungen der Landesgesetze über die Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen für die Gesellen und Fabrikarbeiter in Kraft.“

Die durch Ortsstatut oder Anordnung der Verwaltungsbehörde begründete Verpflichtung der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, einer bestimmten Kranken-, Hilfs- oder Sterbekasse beizutreten, wird indes für Diejenigen aufgehoben, welche nachweisen, daß sie einer anderen Kranken-, Hilfs- oder Sterbekasse angehören.“

Auf Grund dieses Paragraphen weigerten sich nun viele gewerbliche Arbeiter, den bis dahin durch Ortsstatut oder sonstigen Zwang bestehenden Kassen noch weiter beizutreten, gründeten selbstständige Kassen oder schlossen sich bereits bestehenden Kassen an. Nun sagt der betreffende Paragraph, wie oben mitgeteilt, wohl in seinem zweiten Absatze, daß derjenige, welcher einer Hilfskasse beizutreten ist, von dem Zwange, irgend einer bestehenden Kasse weiter noch anzugehören, befreit sei; aber derselbe Paragraph sagt auch in seinem ersten Theile, daß bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes die Anordnungen der Landesgesetze noch in Kraft bleiben. Auf Grund dieser verschiedenen Landesgesetze haben verschiedene Gerichte die von den Arbeitern neugegründeten Hilfskassen als nicht zu Recht bestehend erachtet und dieselben aufgelöst oder die denselben angehörigen Arbeiter, trotz der Bestimmungen des § 141, worin gesagt wird, daß ein Beitrittswang zu bestimmten Kassen nicht mehr eristirt, gezwungen, den auf Grund von Ortsstatuten bestehenden Hilfskassen beizutreten. Von anderen Gerichten wurde wieder anders Recht gesprochen, und so kam es, daß ein und dieselbe Hilfskasse vor den Richtern der Provinz Brandenburg als dem § 141 genügend galt, während Richter in den Rheinlanden oder in der Provinz Sachsen das entgegengesetzte Urtheil abgaben.

Aus diesen Widersprüchen nun herauszukommen und einen sicheren Rechtsboden für diese Angelegenheit zu gewinnen, ist schon lange der ausgesprochene Wunsch sowohl der gesammten Arbeiterwelt, wie auch einzelner Volksvertreter. Ich erinnere hier nur an die diesbezüglichen Petitionen aus Arbeiterkreisen und die öfteren Interpellationen der fortschrittlichen Abgeordneten Duncker und Schulze am Delitzsch. Indes, wie schnell auch unsere Regierung damit bei der Hand ist, Ausnahmegesetze für einzelne Staatsangehörige oder neue, ihre Macht stützende Militärgesetze einzubringen, so langsam ist sie, wenn es gilt, Gesetze zu schaffen, in welchen weder der Kulturkampf, noch Militärsaatliches eine Rolle spielen, und so kam es denn, daß erst in diesem Jahre, also beinahe sechs Jahre nach Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnung, die Regierung mit einem Entwurfe zur Regelung des Hilfskassenwesens heraustritt und denselben — wie der „Reichs-Anzeiger“ schreibt — der Kritik der betheiligten Kreise unterbreitete.

-Wollte man nun annehmen, daß die Einbringung des neuen Entwurfes deshalb so lange sich hingezogen, weil die Regierung sich erst mit den verschiedenen praktisch betheiligten Kreisen verständigt, Gutachten eingeholt und Material gesammelt habe, so würde man der Regierung Unrecht thun; nein, „die Kritik“ wird erst jetzt, nachdem der Entwurf vollendet ist, herausgefordert, und wenn man die verschiedenen Meinungen gehört, dann soll der Entwurf dem Bundesrathe zugehen, und findet derselbe dann vor den Augen der verschiedenen Vertreter der deutschen Bundesstaaten Gnade, so erhält der hohe deutsche Reichstag die Erlaubniß zu dem Schmerzkind der verbündeten Regierungen „Ja“ zu sagen. Obwohl es nun einer Vernachlässigung berechtigter Interessen verwünscht ähnlich sieht, Dinge von so einschneidender Wichtigkeit, wie dies die gesetzliche Regelung des Hilfskassenwesens unbestreitbar ist, derart auf die lange Bank zu schieben und dadurch die Rechte der großen Mehrzahl der Staatsbürger in einer so wichtigen Sache von dem willkürlichen Ermessen einzelner Beamten abhängig zu machen, so würden wir der Regierung dieses lange Zögern doch gerne verzeihen, wenn der neue Entwurf auch nur annähernd den Wünschen und berechtigten Forderungen der zunächst betheiligten Kreise, der Arbeiter, entspräche.

So aber ist dies leider in nur sehr untergeordnetem Maße der Fall, und es ist nicht der Fall bei dem wesentlichsten Punkte, bei der Forderung, in welcher alle Arbeiter der verschiedensten Gruppen einig sind: Beseitigung der Arbeitgeber aus den Hilfskassen, selbstständige Verwaltung der Kassen durch die Arbeiter, Verbannung jedes fremden Einflusses mit Ausnahme des gesetzlich geregelten Aufsichtrechtes der zuständigen Behörde.

Dieser Cardinalpunkt der ganzen Angelegenheit, er ist nicht zu Gunsten der Arbeiter entschieden, sondern das gerade Gegenstück ist geschähen. Doch auch außer diesem so hochwichtigen

Punkte sind noch eine ganze Reihe von Bestimmungen in dem Entwurfe enthalten, die wir nicht billigen können, und wollen wir dieselben hier kurz andeuten, hoffend, daß eine gewandtere und mit der Materie vertrautere Feder es unternimmt, die Schattenseiten des Entwurfes ins rechte Licht zu stellen.

Da ist zunächst § 6 des neuen Gesetzesentwurfes, der bestimmt, daß der Beitritt zu einer auf Grund dieses Gesetzes gegründeten Hilfskasse „von der Betheiligung an anderen Anstalten oder Vereinen nicht abhängig gemacht und Niemand versagt werden darf, der den Bestimmungen des Statuts genügt.“ Die Tendenz dieser Bestimmung ist sofort ersichtlich, wenn man weiß, daß alle von den verschiedenen Gewerkschaften etc. gegründeten Hilfskassen die Bestimmung enthalten, daß, um Mitglied der Hilfskassen zu sein, man auch Mitglied der Gewerkschaft etc. sein muß. Diesen sehr erklärlichen und vollständig berechtigten Zwang, welchen die organisirten Arbeiter gegenüber ihren noch nicht organisirten Brüdern ausüben, soll dieser § 6 unmöglich machen. Man will den Arbeitern ein Agitationsmittel aus der Hand winden, übersteht aber dabei, daß man das Kind mit dem Bade ausschüttet. Was soll eine so allgemein gehaltene Bestimmung: „Der Beitritt darf Niemandem versagt werden, der den Bestimmungen des Statuts genügt.“? Doch wohl nur, daß Jeder zu jeder Kasse ohne Ausnahme Zutritt hat. Man hat aber eine ganze Anzahl von bestehenden Hilfs- und Krankenkassen die Bestimmung, daß, wenn ein Mitglied der Kasse auch aus anderen Kassen Krankengeld bezieht, dieses Mitglied aus den verschiedenen Kassen, zu denen es gesteuert, zusammen nur so viel Unterstützungsgeld beziehen darf, als sein bisheriger Durchschnittsverdienst betragen hat. Warum hat man in der Praxis zu diesem Schutzmittel gegriffen? Einfach, weil man in allen Kassen die Erfahrung gemacht hat, daß es sogenannte Gewohnheitskranke giebt, welche, wenn man sich nicht durch statutarische Bestimmungen schützt, die übrigen Kassenmitglieder ausbeuten und die Vortheile der Kasse mißbrauchen. Die ärztlichen Atteste, welche zur Beglaubigung der Krankheit beigebracht werden müssen, sind in der Regel nicht schwer zu bekommen. Nach § 6 ist nun jede Kasse gezwungen, Jeden ohne Ausnahme aufzunehmen; § 11 aber, der die Unterstützungen festsetzt, bestimmt: „Die Unterstützungen müssen mindestens erreichen: auf den Krankheitsfall den halben Betrag des täglichen Arbeitslohnes für jeden Tag der Dauer der Krankheit, soweit die Dauer derselben 26 Wochen nicht übersteigt.“ Vorstehendes gilt nach dem Entwurfe für jede Kasse, Ausnahmen dürfen nicht stattfinden, also auch kein Heruntergehen unter diesen Unterstützungsmaßstab.

Fügt man nun die durch die Bestimmungen des § 6 geschaffene hilflose Lage der Kassen den neuzutretenden Mitgliedern gegenüber ins Auge, so wird man auch Recht geben, wenn wir sagen: der Entwurf hat mit seiner Bestimmung, wonach Jeder in jede Kasse aufzunehmen ist, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. § 6 bedeutet, zum Gesetz erhoben, im Zusammenhang mit dem § 11 einfach eine Brandschabung der ehrlichen Kassen-Mitglieder.

§ 15 bestimmt: „Ausscheidenden Mitgliedern, welche einer Kasse fünf Jahre ununterbrochen angehört haben, muß, sofern durch das Statut die regelmäßige Ansammlung einer Reserve aus den Beiträgen der Mitglieder bestimmt ist, eine Abfindung gewährt werden, welche mindestens zwei Dritteltheile des aus ihren Beiträgen der Reserve zugewachsenen und bis zu ihrem Austritte noch nicht als ausgekehrt zu verrechnenden Betrages ausmacht.“

Dieser Paragraph ist unserer Meinung nach nur unter ganz besonderen Voraussetzungen mit entsprechenden Beschränkungen zulässig. Angenommen, seine Tendenz sei richtig Kassen gegenüber, welche die Bezahlung ihrer Unterstützung von bestimmten Verhältnissen, in welchen sich das Kassenmitglied befindet, abhängig machen (z. B. Fabriklassen, welche Unterstützungen nur so lange zahlen, als das betreffende Mitglied in der Fabrik beschäftigt ist), so kann diese Bestimmung nicht als gerecht bezeichnet werden gegenüber Kassen, welche auf Grund freiwilligen Uebereinkommens der Mitglieder geschaffen sind, und deren Mitglieder Jemand so lange bleiben kann, als er den statutarischen Bestimmungen nachkommt. Zu welchem Zwecke werden denn Reservefonds angelegt? Doch nur, um mit deren Zinsen außerordentliche Ausgaben zu decken. Wenn nun eine Kasse fünf Jahre lang das Risiko getragen hat und einem Mitgliede die Unterstützung im Falle eines Unglücks garantierte, so hat unserer Auffassung nach ein freiwillig ausscheidendes Mitglied kein Recht, einen Theil desjenigen Gesamtvermögens, welches für ausnahmsweise Fälle angesammelt ist, für sich in Anspruch zu nehmen. So weit der betreffende Paragraph auf Altersvorsorgungs- und Invalidenkassen angewendet werden kann, mag derselbe unter gewissen Voraussetzungen richtig sein.

Wir kommen nun zum § 16 des Entwurfes, welcher bestimmt, daß jede Kasse einen Vorstand haben muß, welcher auf der Generalversammlung gewählt wird, und der die Kasse gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten hat. In seinem letzten Abschnitt lautet genannter Paragraph:

„Arbeitgeber, welche Zuschüsse zu den Kassen leisten, haben Anspruch auf Vertretung im Vorstände. Mehr als die Hälfte der Stimmen darf ihnen im Vorstande nicht eingeräumt werden.“

Hier also wären wir bei dem kritischen Punkte angelangt. — Wir haben Eingangs schon gesagt, daß es der schärfste Wunsch aller Arbeitergruppen bisher gewesen sei, sich in ihrem Hilfskassenwesen unabhängig von den Einflüssen der Arbeitgeber zu machen. Diesem so oft und so lebendig ausgesprochenen Wunsche der Arbeiter, wie wird ihm im Entwurfe Rechnung getragen?

Die einzige Concession ist, daß nach dem Entwurfe ein Vorstand gewählt werden muß, und daß in demselben die Arbeitgeber bloß die Hälfte der Stimmen haben dürfen. Bekanntlich gab es bisher und giebt es heute noch eine Menge von sogenannten Fabrik- und Knappschaftskassen, bei welchen den Arbeitern weiter kein Recht zusteht, als zu zahlen, wozu die Herren Arbeitgeber das ausschließliche Verwaltungsrecht sich annehmen, obendrein noch mit dem Gelde der Arbeiter spekulieren, und wenn es gerade paßt, auch bankrott machen, ohne daß die Arbeiter ein Mittel an der Hand hätten, solchen Sannersstücken ihrer ehrenwerthen „Brodgeber“ vorzuziehen. — Diesem Uebelstande soll nun durch den neuen Entwurf abgeholfen werden, aber wie? Anstatt den Arbeitern das Recht zu verleihen, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten, mit Ausschluß der Arbeitgeber, wird den letzteren das Recht gegeben, sich nach wie vor an den Kassen der Arbeiter zu betheiligen, und sobald sie dieses thun, den Vorstand zur Hälfte mit ihren Creaturen zu besetzen!

Wer nun die Lage der Arbeiter gegenüber ihren angeblichen Brodgebern kennt; wer das weiß, daß hunderterlei Mittel einem Fabrikherrn zur Verfügung stehen, den Arbeiter kirre zu machen, der wird begreifen, welche Bedeutung dieser Paragraph für die Arbeiter und für die Arbeitgeber hat.

Wir setzen hier ein Urtheil her, welches zum Schluß des vorigen Jahres ein ehrlicher Bourgeois in der „Neuen Zürcher Zeitung“, einem Schweizer Bourgeoisblatt vom reinsten Wasser, über Hilfskassen, in denen die Arbeitgeber eine Rolle spielen, abgegeben hat. Der betreffende Bourgeois schreibt:

„Diese privaten Krankenkassen sind mir schon längst ein Dorn im Auge gewesen. Es giebt kein anderes Mittel, welches so sehr wie eine solche Kasse den Arbeiter der Willkür des Herrn unterwirft, kein anderes Mittel, welches ihn so sehr an die einzelne Fabrik bindet und ihn zwingt, alles zu erdulden und zu allem zu schweigen, wenn ihn nicht relativ bedeutende finanzielle Verluste treffen sollen.“

Nun, was sagen unsere preussischen Gesetzesgebungsämter zu einem solchen Urtheile? Das ist doch einmal ehrlich gesprochen, nicht wahr?

Daß aber das Recht der Arbeiter, ebenfalls Vertreter in dem Vorstände zu haben, kein genügendes Schutzmittel gegen die Uebergriffe der Arbeitgeber ist, das gesteht der Bourgeois der „Neuen Zürcher Zeitung“ ebenfalls zu. Er schreibt:

„Aber die Verwaltung wird ja von einem Ausschusse der Arbeiter besorgt — wird man sagen; dadurch wird doch gewissenhafte und unparteiische Handhabung des Instituts gesichert. Ich frage in erster Linie: Wer macht diesen Statutenentwurf? Wer treibt die Beiträge ein? Dieselben müssen zinstragend angelegt werden — wie wird diese Anlage geschehen? Es ist wohl selbstverständlich, daß nicht die Arbeiter, sondern entweder der Herr, oder wenn, was in vielen Fällen vorkommen wird, er nicht im Stande ist, dieselben zu entwerfen, irgend ein oberer Angestellter dieselben entwirft — und diese oberen Angestellten sind ebenso ausnahmslos ergebene Diener des Herrn und haben seinen Launen und Wünschen Rechnung zu tragen. Da die Versicherung eine Zwangsversicherung ist, so müssen die Beiträge natürlich durch Abzug am Lohne eingetrieben werden, und das kann wieder kein Arbeiter machen, sondern es wird dies an Stelle des Herrn ein oberer Angestellter thun. Die Arbeiter werden sich schließlich wohl hüten, dem Herrn dadurch ihr Misstrauen zu beweisen, daß sie ihre Reserve einer öffentlichen Kasse übergeben, statt sie ihm zur Verwaltung zu überlassen, und wer das Geld in Händen hat, ist auch Meister.“

Dieses Urtheil entspringt, wie man auf den ersten Blick sieht, der Erfahrung. Der Mann kennt eben die Lage der Arbeiter und weiß ihre Abhängigkeit und deren traurige Folgen für den Arbeiterstand zu taxiren. Wir haben es oben eine Concession genannt, daß der Entwurf bestimmt, daß im Vorstand auch Mitglieder aus den Arbeiterkreisen sein müssen; wir erklären aber gerade, daß wir uns dem oben abgegebenen Urtheile über die praktische Bedeutung dieser Concession anschließen. Was die Anlage verfügbarer Gelder betrifft, so bestimmt zwar Paragraph 22 des neuen Entwurfes, daß Gelder nur ebenso wie die Gelder Bevormundeter angelegt werden dürfen. Diese Bestimmung schlägt nun zwar davor, daß die Gelder der Arbeiter allzu leichtsinnig zu Spekulationen verwendet werden können, aber sie schützt nicht davor, daß das Geld eben doch in den Händen des Fabrikherrn bleibt, wenn auch gegen Sicherheit, und — „wer das Geld hat, ist auch Meister“ sagt der oben citirte Schweizer Bourgeois.

(Schluß folgt.)

### Politische Uebersicht.

— Zur Charakteristik des deutschen Gefängniswesens. Bisher war man vielfach der Meinung, in Württemberg wenigstens gehöre die brutale Behandlung der politischen Inhaftirten zu den Unmöglichkeiten; daß diese Meinung eine irrige, und daß es im schönen Schwabenlande gerade so „herrlich“ ist, wie im übrigen Reich der Bismarck- und Stieber, beweisen die Mittheilungen des Kaufmanns Th. Mannhardt, welcher wegen Majestätsbeleidigung eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten im Landesgefängniß zu Rottenburg verbüßt hat. Die „Süddeutsche Volksstimme“ ist in der Lage, hierüber Folgendes zu berichten:

„Gleich beim Eintritte in diese Anstalt wird man unangenehm überrascht, zum einstweiligen Aufenthalt in einen Saal gewiesen

zu werden, in welchem das Geschäft des Feder schleifens betrieben wird. In dem gleichen Saale befinden sich auch die Betten und ist man nicht wenig erstaunt, in einer solchen Anstalt, in der doch die größte Keimlichkeit herrschen sollte, nicht einmal frische Bettlaken zu erhalten. Auf Reclamieren erhält man vom Aufseher die Antwort: die Bettlaken werden alle sechs Wochen gewechselt, wir können die Vorschriften nicht ändern. Im Verlaufe von 6 Wochen können aber in einem solchen Bette 12—15 Mann nach einander logiert haben, und daß darunter wohl auch solche waren, die auf Salubrität (Gesundheits-Zuträglichkeit) nicht viel halten, darf als bestimmt vorausgesetzt werden.

Nachdem nun die erste Nacht in dem erwähnten sogenannten Zuwachsraum überstanden, kommt der Herr Stadtchirurgus zur oberflächlichen Gesundheitsvisitation. Hieraus kommt man in's Badezimmer. Ist einer schon Monate vorher in Untersuchungsanstalt herumgelaufen, so ist ein Bad gewiß von Nothen, aber — nicht ein veraltetes, wie es die Gefangenen-Verwaltung bieten läßt. Anstatt eines ordentlichen Bades erhält man das allerprimitivste Douche-Bad. Eine Seltz voll heißen Wassers wird in einen oben an der Wand angebrachten Behälter geleert und der Gefangene muß dann in aller Geduld diesen heißen Strom über sich ergehen lassen, ohne daß der Zweck eines Bades — nämlich Reinigung des Körpers — erfüllt worden wäre. Ist diese Prozedur vorüber, dann geht es nochmals auf die Kanzlei. Der Herr Justizrath — ein frommer Mann — erklärt nun, daß man sich den Hausregeln zu fügen habe etc. und belehrt ferner, daß man die Verpflichtung habe, etwas zu arbeiten. Man geht für einen einigermaßen gebildeten Mann das Elend erst recht an. Was soll er thun? Seergarbspinnen, desgleichen Flechten oder Nähen, Holzmachen, Feders schleifen, Schreiner- oder Schusterarbeit, Weberei? Dies sind die Arbeiten, welche in dem Hause betrieben werden. Nun, was wählen? Kaufleute, Wandärzte, Apotheker etc. kenne ich, die als Seergararbeiter, als Feders schleifer oder auch als Gartenarbeiter beschäftigt wurden. Wäre es nicht angezeigt, daß die Verwaltung solchen Leuten, insbesondere den politischen Gefangenen angemessene Beschäftigungen zukommen ließe, denn die zwei oder drei Schreiberstellen reichen nicht aus. Daß in einem Saale 20—30 Mann beschäftigt sind und unter diesen oft der Anstich der Menschheit, das ist für einen anständigen Mann, der mitten hinein geschleudert wird, schimpflich, beleidigend, demoralisirend und müßte die Beseitigung dieses Uebelstandes mit allen Mitteln herbeigeführt werden. Eine äußerst unangenehme, sogar gesundheitschädliche Einrichtung sind die in den Sälen befindlichen Abtritte. Die Gefangenen ohne Ausnahme haben dann die Aufgabe, die gefüllten Kübel noch jeden Morgen und Abend eine resp. zwei Treppen hinunter und dann erst noch nach einer im Freien befindlichen Stubbe zu tragen.

Die Kost ist für jeden an bessere Speisen gewöhnten Menschen als schlecht mit wenigen Ausnahmen zu bezeichnen. Freilich sind arbeitsscheue und heruntergekommene Leute damit zufrieden, aber was will das sagen gegenüber ordentlichen Männern, denen man es verweigert, sich selbst zu beköstigen? Bezeichnend für die Lage der Gefangenen ist der stereotype Ausdruck des Herrn Oberaufsehers: „Die Leute brauchen hier nicht gut zu leben, wenn sie nur noch Haut und Beinern hinausbringen.“

Auch die privaten und Familienangelegenheiten der Gefangenen werden öffentlich besprochen, die Briefe gelesen, darüber schlechte Wige von den Aufsehern gerissen und wird dadurch jedes Gefühl für Sittlichkeit und Anstand untergraben.

Der Kirchenzwang ist eingeführt. Katholiken, Confitendlose, Evangelische — alle ohne Ausnahme müssen regelmäßig zum Geistlichen spazieren. Was das Schönste ist, der in der Anstalt functionirende Oberamtsarzt Reiffsch befühlt meinen Puls, als ich krank wurde, mit — behandschubten Fingern, in Folge dessen er keine Fieberanzeigen finden konnte.

Dies der Bericht unseres Stuttgarter Parteigorgans. Ein Commentar ist überflüssig.

Zur Rohheitsstatistik der Arbeitgeber meldet die „Süddeutsche Volkszeitung“ aus Stuttgart: Vor einigen Wochen gab der Werksführer der hiesigen Fabrik, die sich jüngst durch Herabsetzung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit ausgezeichnet, den Befehl, bloß einmal täglich Wasser zu holen. Ein Arbeiter, der von dem Hausknecht verlangte, er sollte zum zweiten Male Wasser holen, wurde von diesem an den Werksführer gemeldet, welcher sagte: „Es soll geschehen.“ Nach längerem vergeblichem Warten zum zweiten Mal an den Werksführer sich wendend, wurde er von diesem abgefertigt mit den Worten: „Saufet Dred!“ Herr W., welcher vor längerer Zeit einen Arbeiter mit einer Bierflasche ertappte, nahm sie demselben ab und schlug sie in Stücke. Und mit derartigen Fällen konnten wir ganze Spalten ausfüllen. Was soll auf solche Behandlung der Wahrspruch: „Bei' und Arbeit, hilft Gott allezeit“ nützen? Welchen Werth hat all' diesen Thatfachen gegenüber die Pflege der edlen Gesangskunst und das Halten von religiösen Vorträgen? Das Predigen christlichen Gehorsams und Demuth kann nur den Erfolg haben, daß der Mensch zur hündischen Unterwürfigkeit angezogen wird. Um diese unsere Behauptung zu beweisen, wird es genügen, wenn wir ein einziges Citat abdrucken. Unter dem Titel: „Neueste Liederkrone“ giebt es — im Verlage von Hofffeld in Leipzig eine Sammlung von christlichen Gesängen, worin unter Nr. 87 Folgendes abgedruckt ist:

Herr ich will ja gerne bleiben,  
Wie ich bin, dein armer Hund,  
Will auch anders nicht beschreiben  
Mich nach meines Herzens Grund;  
Denn ich fühle, was ich sei,  
Alles Böse wohnt mir bei.  
Ich bin aller Schand' ergeben,  
Nur ein ist mein ganzes Leben,  
Hündisch ist mein Born und Eifer,  
Hündisch ist mein Reid und Haß,  
Hündisch ist mein Raub und Geifer,  
Hündisch ist mein Raub und Fraß.  
Ja, wenn ich mich recht genau,  
Als ich billig soll, beschaun:  
Dalt' ich mich in allen Sachen,  
Arger als die Hund es machen.

Hätte man diesem hündischen Herzensergusse, der so recht treffend den Verfall des Christenthums constatirt, die hündische Behandlung der Arbeiter von Seiten der Fabrikanten entgegen und dann hat man den Beweis dafür, daß die pietistischen Vereine nicht im Sinne der Lösung der sozialen Frage, sondern im Interesse des Geldsacks arbeiten. „Solche Lieder sind“, bemerkt der „Vorbote“ in Chicago treffend, der ebenfalls das hündische Lied abdruckt, „wie man wohl weiß, ganz ausdrücklich und zwar vorzugsweise auf die Arbeiter berechnet, um selbige in Demüthigkeit und Unterthänigkeit gegen ihre Brodherrn zu erhalten und jede

geistige Erhebung schon im Keime niederzubrechen und wo möglich ganz zu ersticken. Wie viele Arbeiter giebt es aber, bei welchen eine solche Herabwürdigung unter den humanen Standpunkt wirklich gelangen ist, wo der Geist gebrochen ist und wo ein demüthiges Hinabdrillen das ganze gebrochene Leben überschattet!“

Zur Rohheitsstatistik der vornehmsten Gesellschaft. Der „Nürnberger Anzeiger“ bringt, unter Verbürgung der Wahrheit, folgendes Culturbild aus München:

Auf dem Varietés Theater des Colosseums gastirt gegenwärtig eine Tänzer-, Springer- und Sänger-Gesellschaft, welche stets ein größeres Publikum anzieht. Ramentlich üben eine Französin und eine Engländerin, Couplet-Sängerinnen, welche sich weniger durch hübsche Stimme als durch defolletierte Extremitäten\*) auszeichnen, besondere Anziehungskraft auf die für dergleichen Schönheiten sehr begeisterungsfähigen Jugend des Adels und der hohen Aristokratie aus. Diese Herren gehören häufig zu den noch in später Mitternacht im Colosseum verweilenden Gästen. Kürzlich mußten einige dieser Herren dem Champagner etwas stark zugesetzt haben und es kam — wie es im alten Liede heißt, der Teufel ganz verstimmt, weil man einen Knisch bestit. In diesem, auch von anderen Menschenkindern häufig acquirirtem Zustande, taumeln mehrere dieser Herren vom hohen Adel Norddeutschlands ihres nicht ganz in den Grenzen des Anstandes bleibenden Benehmens wegen mit mehreren jungen Leuten aus dem Bürgerstande derartig in Kollision, daß der Graf Salm Hochstätten faktisch an die Luft gesetzt wurde, eine Prozedur, welcher sich der junge Fürst B., Sohn eines großen Staatsmannes, durch freiwillige Verabschiedung aus dem Saale rechtzeitig entzog. Diese Herren mögen dies als einen Beweis ansehen, daß man sich in hoher gesellschaftlicher Stellung heutzutage ebenso wenig in München, wie in Berlin Ungezogenheiten gegen Bürgerliche erlauben darf, ohne daß diese sofort geahndet würden.

So weit der „Nürnberger Anzeiger.“ Das ist die „Bildung“ von Grafen und Fürsten. Nun — wie die Alten sangen, so zwitschern auch die Jungen. So erziehen unsere Beherrscher ihre Söhne, und diese frühlichen staatsmännischer Erziehungslust werden mit der Zeit ihrerseits unsere Beherrscher! Was der eigentliche Name des jungen Fürsten B. („Sohn eines großen Staatsmannes“), überlassen wir dem Scharfsinn des Lesers zu errathen. Wegen den Schlagsag des „Nürnberger Anzeiger“ müssen wir aber Verwahrung einlegen. Wenn jede furchliche und gräßliche Ungezogenheit gegen Bürgerliche „sofort geahndet würde“, sähe es anders aus in Deutschland. Unsere „Bürgerlichen“ ahnden furchliche und gräßliche Ungezogenheit nicht nur nicht, sondern sind sogar stolz darauf, der Gegenstand furchlicher und gräßlicher Ungezogenheiten zu sein. Will man Beweise?

Spanisch. In Nr. 12 der „Europa“ wird unter der Aufschrift „Eindrücke in der Alhambra“ auszugsweise ein Bericht wiedergegeben, den ein englischer Zeitungscorrespondent über einen Besuch in dem merkwürdigen Wauenschlosse zu Granada vor einigen Wochen veröffentlicht hat. Was uns in diesem Bericht interessiert, ist folgende Stelle:

„Der Eisernehof ist ziemlich umfanglich und wird in einem seiner Winkel von einem schweren Thore gesperrt, das mehrfach den Wahipruch des Khalifen Alhamar aufweist: „Allah allein ist Sieger.“ Zuletzt freilich hat hier den Sieg der Mensch, d. h. die Regierung davon getragen, welche in der Alhambra mehr als hundert armer Menschen hinter Schloß und Riegel verwahrt, die beschuldigt sind, die soziale Republik angestrebt zu haben. Manche dieser irgeleiteten, oft halb schwachsinnigen Arbeiter (dies schreibt natürlich ein scharfsinniger Bourgeois) sitzen bereits sechs, ja zwölf und achtzehn Monate im Gefängniß, ohne jemals vernommen worden zu sein und ohne daß sie wissen, wie lange sie ihrer Freiheit beraubt sein sollen — einmal innerhalb der Reitermauern, sind sie vergessen und verschollen, Niemand bekümmert sich mehr um sie, so daß sie nun Zeit genug haben, sich die Köpfe zu kühlen. Mitten in der Nacht wurden sie ergriffen und in einem mächtigen vieredigen Thurm untergebracht, der über die Darroflucht und die Vorstadt Albaycin emporragt, zur Erholung und Promenadenstätte wies man ihnen die Plaza de los Aljibes an. Hier dürfen sie den größten Theil des Tages umherlungern. Der Frauen und Kinder hatte, dem ward gestattet, sie mit in das Gefängniß zu nehmen, und ich glaube, daß die meisten derselben ihnen mit Vergnügen (!) in den Kerker gefolgt sind; empfangen sie hier täglich doch ein Stück Brod und einige Zwiebeln, um sich daraus eine Suppe bereiten zu können, während sie daheim in ihren jämmerlichen Wohnstübchen gar oft sich nicht einmal diese armselige Nahrung zu erzeugen im Stande waren. Eine triste Staffage des alten schönen Wauenschlusses, diese Haufen schmutziger, elender, unglücklicher Menschen!“

Inwieweit eine triste Staffage das, aber weniger für das jetzmalige Schloß, als für die „besie der Welten“, als welche die Bourgeoisie ihre Gesellschaftscorruption ausgiebt und gegen die auch die spanischen Arbeiter sich empören. Daß Castellar, Serrano, Alfonso die Arbeiter einsperren, ohne ein richterliches Urtheil zu erwirken, das geht noch über das summarische Verfahren der Bersailler Ordnungscharapots, obgleich es lebhaft an Löhren erinnert, von dem schließlich ein flüchtiger Blick auf die schwerbestraften Dnebnauer Landarbeiter, welche zu ihrem Unglück die „Klauen“ zu sehr hassten, und daran gemahnt, daß auch in Deutschland noch vieles echt spanisch ist.

Freiheit die ich meine. Der österreichische Kaiser, welcher zum großen Aerger des Fürsten Bismarck und der bismarckischen Reptilien eine Reise nach Italien angetreten hat, kam auf der Hin-fahrt am 1. April nach Triest, und erklärte einer Deputation des Triester Arbeitervereins, „er erkenne an, wie nützlich die Arbeitervereine seien, wenn dieselben ihrem eigentlichen Zwecke, nämlich der Verbesserung der Lage der Arbeiter dienen, er vermöge aber die Möglichkeit nicht einzusehen, wenn diese Bahn verlassen werde. Und das hänge wesentlich von den Führern der Arbeitervereine ab. Der Kaiser fügte hinzu, er zweifle nicht, daß die anwesenden Vertreter der Arbeiter an dem von ihm angesprochenen Grund-sätze festhalten würden und versicherte, daß er alle Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unterstützen werde.“

Wenn die „Führer der Arbeitervereine“ die Bahn wandeln, welche der österreichische Kaiser für die richtige hält, dann ist der österreichische Kaiser ein Freund der Arbeitervereine — das hätte der österreichische Kaiser und nicht zu sagen brauchen. Schade nur, daß die Bahn, welche der österreichische Kaiser für die richtige hält, nicht die ist, welche nicht bloß die „Führer der Arbeitervereine“, sondern überhaupt alle vernünftigen Arbeiter für die richtige halten. Und wenn der österreichische Kaiser die „Möglichkeit“ unabhängiger Arbeitervereine nicht einzusehen vermag, so kann er sich damit trösten, daß es auch Menschen giebt, welche die

\*) Mangelhafte Bekleidung, schamlose Entblößung.

Möglichkeit des österreichischen Thrones und anderer Throne nicht einzusehen vermögen.

Der „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“ vom 31. März schreibt:

„Gute früh mit dem 6 Uhr-Zuge verließ unser bisheriger Redakteur, unser Freund und Parteigenosse S. Kwasniowski, Crimmischau.“

Unser Freund, welcher seit dem 16. November 1871 als Redakteur an unserm Blatte thätig war, hat während seines ganzen Hierseins mutbig als Mann und Parteigenosse: das Recht und die Wahrheit vertreten. Ausgestattet mit einem reichen Schatz von Wissen und Kenntnissen, verband er damit einen Gerechtigkeitssinn, wie sich dessen nicht so leicht ein Zeiter rühmen kann; überall, wo er merkte, daß eine Unwahrheit gesagt, oder ein Unrecht begangen war, trat er demselben entgegen, gleichviel ob es Freund oder Feind war, den er zu rechtfertigen hatte. So streng er mit dem Gegner ins Gericht ging, wenn er wagte, daß dieser das Recht verlegt hatte, so streng und unangenehm verfuhr er aber auch mit dem Freunde und Parteigenossen, wenn er sich überzuges, daß dieser nicht nach Recht gehandelt hatte. Aber auch des Gegners Meinung und Ueberzeugung achtete und schätzte er, und so konnten auch Männer anderer Parteistellung ihre Ahtung unserm Freunde nicht versagen.

Dafür daß Kwasniowski mit aller Entschiedenheit die Prinzipien der Sozialdemokratie vertreten, ist wohl B. weit genug, daß er zweimal längere Freiheitsstrafen verbüßen mußte.

Die Worte des Dichters können mit Recht auf unsern Freund angewendet werden:

Ahtung den Männern, die offen und bieder  
Wahrheit bekennen, mit Raub und Hand,  
Erflich erwägen das Für und Wider,  
Treu im Gemüth und klar im Bestand;  
Schuldigen Pflichten mit Wärme geüben,  
Handelnd und daldend als Männer besiehn,  
Nimmer der Lüge sich biegen noch fügen,  
Muthigen Blickes nur himmelan seh'n.

Zur Freude gereicht es mir, unsern Lesern und Genossen mittheilen zu können, daß Kwasniowski auch in seinem neuen Wohnorte (Berlin) der Partei noch dienen wird; wenn auch unser lieber Freund jetzt keine Redakteurstelle bekleidet und sich eine ruhigere Stellung verschafft hat, um ein von ihm längst begonnenes größeres Geschichtswerk vollenden zu können, so giebt ihm seine neue Stellung doch Gelegenheit, auch der Partei noch nützlich sein zu können. Viele unserer Genossen und Leser werden Kwasniowski ein freundliches Andenken bewahren, und ich rufe unserm Freunde ein recht herrliches Glück auf! in seiner neuen Stellung nach!

Gleichzeitig bemerke ich, daß ich vom heutigen Tage an auf kurze Zeit die Redaktion unseres Blattes übernommen habe und ersuche unsere Herren Correspondenten, mir ihre Correspondenzen unter meiner genauen Adresse: B. Stolle, Crimmischau, zuzusenden zu wollen. Briefe aber, welche Inserate enthalten, die für unser Blatt bestimmt sind, wolle man an die Expedition des „Bürger- und Bauernfreund“ adressiren.

B. Stolle.

An Stelle Kwasniowski's, den wir trotz alledem bald wieder an der Spitze eines unserer Parteigorgans zu sehen hoffen, wird Otto Wastler in einigen Tagen (sobald seine Hatzzeit herum ist) die Redaktion des „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“ übernehmen.

Aus Forst wird und gemeldet: Bei den Parteigenossen Carl Urban und Hajo Schmidt wurde Hausdurchsuchung gehalten und nach Briefen von Hamburg und Bremen gesucht. Es wurde nichts gefunden. — Parteigenosse Anton Behr wurde den 30. März hinter seinem Webstuhl verhaftet. Er soll sich eine Gotteslästerung haben zu Schulden kommen lassen. — Der Wahlverein ist nun zum zweiten Mal geschlossen.

Parteigenosse Camin in Spandau ist wegen Verstoßes wider das Vereinsgesetz zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

Am 1. d. Mts. trat Parteigenosse Frohme zu Wiesbaden eine 9-monatliche Gefängnißhaft an. — Wegen einer im December zu Altona gehaltenen Rede ist gegen Hasencleber Untersuchung eingeleitet.

An die Redaktion des „Volksstaat“!  
Auf Grund des § 11 des Reichspressegesetzes vom 7. Mai 1874 fordere ich Sie auf, das Nachfolgende ohne jede Verkrummelung und ohne jede Randbemerkung in Ihr Blatt aufzunehmen):

In dem vor Kurzem in diesem Blatte erschienenen Referate, datirt „Mittweida, den 5. März“ und unterzeichnet „S. Glabewig, F. Bartholdi“ ist meine Antwort auf die Frage: „Wie verträgt sich die Astronomie mit der Schöpfungsgeschichte der Bibel“, vollständig entstellt wiedergegeben; ob aus Unkenntniß, oder in der Absicht, einem „kündenden Boten“, wie die Verfasser sich ausdrücken, bei den Haaren herbeizuziehen, muß dahingestellt bleiben. Meine Antwort lautete wörtlich: „Wenn es die Aufgabe der Naturforscher ist, die Gesetze der Natur zu erforschen, so ist es Aufgabe der Theologen, zu sehen, wie sie ihre Lehren mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften in Einklang bringen; unsere Aufgabe ist das nicht.“ Alle Zusätze, welche die Verfasser jenes Artikels dieser Antwort beigelegt haben, sind daher einfach unwar und geeignet, den wahren Sinn meiner Worte zu entstellen.

Mittweida, den 2. April 1876.  
Chr. Hilpert, Oberlehrer.

## Aus England.

London, 29. März 1876.  
Seit dem glänzenden Durchfalle des arbeiterfreundlichen Grundbesitzers Lord Aberdare haben sich keine anderen unberufenen Schiedsrichter in Süd-Wales vernehmen lassen. Es ist noch immer kein Ende des Kampfes abzusehen und die Roth unter den Arbeitern wird von Tag zu Tag schrecklicher. Die von den Gewerkschaften gegebene Unterstützung ist für die ungeheure Zahl der Betroffenen unzureichend, und beschränkt sich auch — wie sich jetzt herausstellt — trotz der bei Beginn der Unterstützungs-bewegung abgegebenen Erklärung der National-Union der Bergleute, keinen

\*) Zur Aufnahme, und zwar „ohne jede Verkrummelung“, bedürfte es der Annahme des § 11 nicht. Wahrheit und Gerechtigkeit sind die Leitsterne der Sozialdemokratie — und nicht bloß in der Theorie, wie bei allen Parteien, sondern auch in der Praxis, wie bei keiner anderen Partei — was keine „Randbemerkung“ sein soll (obgleich § 11, was im Vorbeigehen bemerkt sei, „Randbemerkungen“ nicht ausschließt).  
R. d. B.

Unterschied zwischen den Hilfsbedürftigen zu machen, fast ausschließlich auf Gewerkschaftsmitglieder, und alle außerhalb der Organisation stehenden Leute sind deshalb ohne Gnade auf die Bestimmungen eines dehnbaren Gesetzes und dessen barmherzige Handhabung durch die der Bourgeoisie angehörenden Armenpfleger angewiesen. Schon bei Ausbruch der Krise waren die Letzteren nicht im Stande, ihre natürliche Verwandtschaft mit den Grubenbesitzern zu verbergen; im Laufe der Zeit haben sie sich von einem letzten Rest von Schamgefühl freigemacht und gegenwärtig arbeiten sie ganz öffentlich im Interesse der vereinigten Bergwerksbesitzer. Als die Führer der Arbeiter diesen den Rath gaben, sich während der Arbeitssperre an die Armenkasse zu wenden, versagten sie, daß die Ausführung der Gesetze vollständig in den Händen derselben (oder doch ähnlicher) Leute liegt, welche die Arbeiter auf Pfahle gesworfen haben, daß sie demnach auf eine billige, unparteiische Handhabung des Gesetzes nicht rechnen konnten. Sie übersehen, daß man mit einem dehnbaren Gesetze machen kann, was man will und versagen — unterschlagen doch wenigstens — die fromme Niedertreue und Rücksichtslosigkeit der Leute, mit denen sie es zu thun hatten. Der Plan ist als gescheitert zu betrachten, da die Herren einen gesetzlichen Grund entdeckt haben, die Unterstützung der Ausgesperrten zu verweigern. Der frühere Versuch, die Unterstützung ohne Angabe irgend welcher Gründe zu schwälern und Unerbittlichkeit von derselben ganz auszuschließen, ist bekanntlich kläglich mißglückt. Das Gesetz ist in diesem Punkte ganz unweiblich und die Herren Armenpfleger müßten schweren Herzens einlenken. Allein sie sind geriebene Vurche, die ihr Geschäft verstehen und gerietzen bald auf einen anderen, besseren Einfall. Wenn die Pumpmaschinen in den Dowlaiser Gruben nicht beständig in Thätigkeit bleiben, müssen die Werke in kurzer Zeit durch Wasser überfluthet und beschädigt werden. Um diese Maschinen mit Kohlen zu versehen, braucht man 30 Arbeiter. Wie war's — dachten die hochherzigen Armenväter — wenn man diese Arbeit dreißigen von den Männern anböte, welche Gemeindeunterstützung genießen? Wenn sie, vom Elend getrieben, die Arbeit übernehmen, gut, dann werden unsere oder unserer Gewerkschaft Bergwerke vor Schaden bewahrt; vermeigern sie dagegen die Arbeit, dann um so besser! Wir haben dann einen gesetzlichen Grund, die Unterstützung der Kohlen einzustellen, und zwingen sie so durch Hunger, rasch zu Kreuze zu kriechen. — Gedacht, gethan! Der menschenfreundlichen Erwägung entsprechend, wurden 30 Arbeiter, welche als Steinklopfer beschäftigt waren, aufgefördert, sich zur Arbeit in den Dowlaiser Gruben einzufinden. Die voranzufehen, weigerten sie sich wie ein Mann die Arbeit zu thun. Die Antwort der Armenväter bestand in einem Beschlusse, nur solchen Leuten Unterstützung zu gewähren, welche keine Arbeit finden können und in der Streichung der Dreißig, die sich geweigert hatten, an ihren Vätern zu Veräußern zu werden. Damit war die Einleitung zu einem Feldzuge gegen die darbenden Arbeiter gemacht, wie er schamloser und teurer nicht gedacht werden kann. Je dreißig um dreißig Arbeiter wurden aufgefordert, die Arbeit anzunehmen und eine Gruppe nach der andern wurde von der Armenliste gestrichen, weil sich keine 30 Schufte finden ließen, welche bereit gewesen wären die Arbeit zu verrichten. Ich weiß nicht, wie weit die frommen Väter in ihrem menschenfreundlichen Unternehmen vorgeschritten sind, es ist jedoch klar, daß man auf diese Weise die ganze Masse der Ausgesperrten von der Armenunterstützung abschließen kann. Unter den Arbeitern herrscht eine leicht begreifliche Erbitterung und unter ihren Verfolgern der blinde Schrecken. Die Letzteren fühlen, daß den Arbeitern eines schönen Morgens das Joch strecher Willkürherrschaft unerträglich werden kann, und sie rufen mit schuldbehaftetem Gewissen die rohe Gewalt zur Aufrechthaltung der „Ordnung“ an. Die armen Schelme wissen nicht, wie gefährlich das ist. Sie wissen nicht, daß die Tage ihrer Herrschaft gezählt sind, und daß sie dieselbe nur durch Schwindel, welcher die beherrschten Klassen über das Maß der Kraft auf beiden Seiten täuscht, aufrecht erhalten können. Wahrschäftig, die Herren haben keine Ursache die Machtfrage zu berühren. Denn an dem Tage, an welchem der Arbeiterstand Englands zum Bewußtsein seiner Kraft gelangt und Gewalt gegen Gewalt in Anwendung bringt, ist's mit der Herrschaft der Bourgeoisie zu Ende. Mit der Handvoll Soldaten wird das Volk spielend fertig werden.

Um zu meiner Erzählung der Ereignisse zurückzukommen: Die Stadtväter von Merthyr führten einen Ausbruch des Volkswillens; da jedoch bei der gleichlichen Haltung der Bergleute kein Grund zum Aufbieten von Militär vorhanden war, griff man zu dem nicht mehr ungewöhnlichen Mittel der Drohbriefe und nahm dieselben zum Vorwande für die Verhaftung der Polizeimannschaften und Bereithaltung von militärischen Kräften zur Unterdrückung eines etwaigen Aufstandes. Wer über die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, die Truppen zu einem so schmachvollen Geschäft herzugeben, in Zweifel war, weiß seit Montag und zwar aus dem Munde des Ministers Croft, der durch einige im Parlament gestellte Anfragen Mac-Donald's zum Sprechen in der leidigen Angelegenheit gezwungen worden war, daß die englische Regierung eine Regierung der Besitzenden ist, welche die Arme als natürliche Beschützerin des Geldsackes betrachtet. — Die Bergleute antworteten auf diese Herausforderungen in einigen großen Versammlungen. Sie verdamnten das Vorgehen der Armenpfleger als partiell und erklärten in keinem Falle die Arbeit in den Dowlaiser Gruben aufzunehmen, wenn nicht alle wieder zugelassen würden. Sie hätten die Arbeit nicht eingestellt, sondern seien ausgesperrt, und wenn Einzelne durch ihre Arbeit die Gruben in Stand hielten, würden sie damit die Herren nur befähigen, die Masse länger ausgesperrt zu halten. Mit den Drohbrieffen hätten sie nichts zu thun, und das Angebot von Polizei und Militär sei lächerlich und aufreizend.

Der edle Grundsatz, den ausgesperrten Arbeitern solche Arbeit anzubieten, welche sie voraussichtlich nicht annehmen um sie von der Armenliste streichen zu können, soll übrigens in noch ausgebeuteter Weise in Anwendung gebracht werden, als bisher. Die Vorstände verschiedener Gemeinden haben unter sich und mit den Grubenbesitzern darüber Berathungen gepflogen, ob man den ausgesperrten Arbeitern nicht ein wenig Arbeit zu irgend einem Preise geben könne um die Armenkassen von ihnen frei zu machen? Nehmen die Arbeiter an, dann ist die Gemeindefasse ihrer ledig, lehnen sie jedoch ab, dann ist man berechtigt, ihnen jede Unterstützung zu verweigern, da Arbeit für sie vorhanden ist. Also eine beschränkte Arbeitssperre, bei der die Grubenbesitzer die Armenunterstützung übernehmen und dabei noch ein ganz nettes Profitchen machen würden. Während über diesen Anschlag noch berathen wird, erklären die Grubenbesitzer durch ihre Organe, daß sie ihre Werke nicht mit einer Lohnreduktion von 10 Prozent sondern von 20 Prozent eröffnen würden; und bald werden sie es unter 30 Prozent nicht mehr thun können.

Der Verlauf der Dinge ist sehr lehrreich. Es zeigt sich mit jedem Tage klarer, daß die Gewerkschaften in den Organisationen

der Kapitalisten einen Gegner gefunden haben, der ihnen zum mindesten gewachsen ist, und sich nicht auf Bertheidigung beschränkt. Ein jammernder Artikel über die „Verschwörung von Armenpflegern und Arbeitgebern“ in der letzten Nummer des „Deichwe“ giebt dieser Erkenntnis mit folgenden Worten Ausdruck:

„Sollten Absicht, Geist und Haltung des Arbeitgebers in anderen großen Geschäftszweigen des Königreiches dieselben werden wie in Wales, so würde eine veränderte Politik von Seite der Arbeiter zur absoluten Nothwendigkeit werden und, obgleich nicht wünschenswerth, wird ein solcher Wechsel der Politik sicher auch von einem Wechsel des Geistes der Arbeiter begleitet sein.“

Wir wollen sehen, ob es die Herren Gewerkschaftler bei der Drohung bewenden lassen. Ein Wechsel des Geistes der Arbeiter ist nicht nur nothwendig sondern auch sehr wünschenswerth.

31. März. — Der heutige „Daily Telegraph“ enthält ein Telegramm aus Cardiff, nach welchem eine Versammlung von South-Wales und Monmouthshire'schen Grubenbesitzern beschlossen hat, in gewissen Bezirken die Gruben zu öffnen, den Arbeitern jedoch nur Arbeit bis zum Betrage der Armenunterstützung — nach dem Lohnsatz von 1870 — zu geben.

Druckfehlerberichtigung: Das Datum der letzten Correspondenz sollte sein 28. Februar und nicht 28. März 1875.

**Gewerkschaften.**

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

**Gewerkschaften!**  
Nachdem in Folge des Todes unseres wackeren Genossen Nord die Geschäftsführung provisorisch den Herren J. Auer und August Weib in Hamburg übertragen wurde, am 1. April aber die von jenen Herren unserer Sache in humanster Weise zugesagte und betätigte Unterstützung abgelaufen ist, hat der unterzeichnete Ausschuss in Vereinbarung mit der Kontrollkommission Rich. C. J. Wolf mit der Leitung der Geschäfte der Gewerkschaft der Holzarbeiter und der „Union“ beauftragt, welches wir unter gleichzeitiger dankender Anerkennung der von den Herren J. Auer und Aug. Weib unserer Gewerkschaft geleisteten Dienste den Genossen hiermit zur Kenntniss bringen.

Demgemäß sind von nun an sämtliche Briefe und Pakete, welche für den unterzeichneten Ausschuss bestimmt sind, sowie alle Briefe und Mittheilungen für die Redaktion der „Union“ an die Adresse

Richard Wolf, Hamburg, Breite-Strasse 4, 1. Etage einzufenden; sämtliche Gelder und Abrechnungen jedoch wie bisher an

J. Somann, Altona, Adolphstraße 32.  
Von dieser Anordnung wollen alle Gewerkschaften und Leser der „Union“ Kenntniss nehmen.  
Hamburg-Altona, den 1. April 1875.

**Der Ausschuss der Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

**Verband der Klempner (Spengler) und Berufsgegenossen.**  
Bremen. Schon seit längerer Zeit drohte einige der hiesigen Arbeitgeber die „ungeheure kurze Arbeitszeit“ von 10 Stunden, und wurde alles Mögliche und Unmögliche versucht, die Arbeitszeit wieder um eine Stunde zu verlängern. Alle Versuche scheiterten hauptsächlich an dem einmüthigen Zusammenhalten der Arbeiter. Endlich, am 15. März waren mehrere durch Bourgeoisinnung längst bekannte Meister einig und proklamirten die einstündige Arbeitszeit. Die Folge war, daß fast alle in den Werkstätten dieser Herren, welche durch Verlängerung der Arbeitszeit die Ueberarbeit beseitigen wollten — wofür wir uns natürlich höchstens bedanken — beschäftigten Kollegen, die Arbeit einstellen. Obgleich jetzt nur noch 6—8 Mann zu unterstützen sind, so sind doch unsere Mittel derartig erschöpft, daß wir uns an Euch Kollegen des In- und Auslandes mit der Bitte wenden, und nach besten Kräften zu unterstützen. Bedenkt, daß wir für Euch mitkämpfen und darum helfet uns! Alle für Einen und Einer für Alle!

Mit collegialischem Gruß und Handschlag.  
L. Virus,  
Neuestraße 9, I. Bremen.

**Eingetragene Genossenschaft der Gruben- und Tagarbeiter.**  
Zwickau. Rechnungsbericht pro 1874. Einnahme: Mitgliedsbeiträge Thlr. 295., Eintrittsgelder Thlr. 20., außerordentliche Einnahme Thlr. 3. 24. 4., Zinsen Thlr. 8. 17. 4., Summa Thlr. 327. 11. 9. Ausgabe: Für Annoucen Thlr. 8. 22., Statuten, Quittungsbücher, Tabellen und andere Drucksachen Thlr. 45. 12., Unterstützung Thlr. 45., Verwaltungskosten und Remuneration Thlr. 21. 6. 2., Aufwand bei der Generalversammlung Thlr. 8. 4., Gerichtskosten für Statutenprüfung und Eintragung des neugewählten Ausschusses Thlr. 14. 16. 9., für Vereins- und Quittungstempel Thlr. 6. 7. 6., für Porto Thlr. 1. 14., für Schreibmaterialien, Verrechnung des Inventars u. s. w. Thlr. 2. 27. 2., Summa Thlr. 152. 27. 8. Cassenbestand 1873: Thlr. 167. 28. Ueberfluß 1874: Thlr. 174. 14. 1. Summa Thlr. 342. 12. 1. oder Mark 1024. 21.

Vorstehenden Rechnungsbericht geben wir auf vielfachen Wunsch Seitens der Mitglieder, und auch, um den üblen Nachreden zu begegnen, welche in letzterer Zeit verschiedentlich aus Unkenntnis oder Bosheit in Umlauf gesetzt sind. Mögen auch die Erfolge bei einer so großen Korporation als nicht zufriedenstellend bezeichnet werden, und bleibt die Gleichgültigkeit und Schüchternheit, womit man der Genossenschaft begegnet, unerklärlich, so wird die gegenwärtige Verwaltung, unbelämmert um alles Geldsack, die im Statut vorgeschriebenen Ziele unverrückt im Auge behalten; sie hofft dabei, von allen Mitgliedern pünktlich unterstützt zu werden.

Der Ausschuss.  
**Allgemeiner deutscher Töpferverein.**  
Hamburg, den 31. März. Die diesjährige Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Töpfervereins findet am 29., 30. und 31. Mai in Weichen statt, und sind dieobezügliche Anträge mindestens vier Wochen vorher an den Borort Hamburg an unterstehende Adresse einzufenden. Gleichzeitige erlaube ich alle Töpfer Deutschlands, welche dem Verbaude des Allgemeinen deutschen Töpfervereins noch nicht angehören, sich denselben anzuschließen, da nur durch einheitliches Wirken die Lage der Arbeiter gebessert werden kann.  
L. Gebert, Borl.,  
Kurzstraße 23, Hans 4.

Leipzig, 29. März. Sonntag, den 21. d. Mis. wurde in Neufellerhausen eine Volksversammlung abgehalten, in welcher die in der Bogel'schen Maschinenbauanstalt beschäftigte Arbeitszeitverlängerung auf der Tagesordnung stand. Rotteler und Fink, welche in dieser Versammlung zugegen waren, mißbilligten den Schritt des Fabrikanten Bogel zwar auf das Entschiedenste, warnten aber die Arbeiter vor übereilten Schritten, und riefen namentlich von einem Strike ab, sofern nicht sichere Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Das passte nun freilich dem „Leipziger Tageblatt“ nicht in den Kram. Den Sozialdemokraten mußte Eins ausgewischt werden, wenn auch auf Kosten der Wahrheit. Dummheit genug posante es in die Welt hinaus, Rotteler und Fink hätten die Arbeiter der Bogel'schen Fabrik aufgefordert, die Arbeit einzustellen. Hieraus ist dem „Leipziger Tageblatt“ folgende Berichtigung zugegangen und von demselben auch veröffentlicht worden:

An die Redaktion des „Leipziger Tageblatt und Anzeiger.“  
Auf Grund von § 11 des Pressegesetzes verlangen wir Aufnahme der nachstehenden thatsächlichen Berichtigung in die Rubrik „Nachtrag“ Ihres Blattes.

Die Correspondenz (Leipzig, den 24. März) in Nr. 84 Ihres Blattes über den Vorgang in der Bogel'schen Maschinenfabrik zu Selterhausen enthält unter Anderem die Behauptung, daß die Unterzeichneten in einer Arbeiterversammlung zu Neufellerhausen, die Bogel'schen Arbeiter zur Einstellung der Arbeit aufgefordert hätten. — Es ist dies thatsächlich unwahr!

Von den Bogel'schen Arbeitern aufgefordert, ihnen unsern Rath zu ertheilen und in der Versammlung zu erscheinen, haben wir — wie durch Zeugen erhärtet werden kann — den Leuten die ganze Sachlage und Tragweite ihrer Absichten und Entschlüsse klargestellt, sie ausdrückliche auf die Gefahr hingewiesen, der sie ohne Organisation im Falle einer Arbeitseinstellung ausgesetzt seien und betont, daß Herr Bogel einen partiellen Strike zu wünschen scheint. Da wir wagten, daß die Arbeiter der dortigen Fabrik weder organisiert noch einig waren, so empfahlen wir Organisation, Einigung und Entschlossenheit als unabdingte Erfordernisse für jeden Fall von Arbeitsniederlegung und als einzige Mittel, erworbene Rechte zu verteidigen. — Ihr Berichtsfasser behauptet ferner, wir hätten gesagt: „Das Interesse der Fabrikarbeiter überhaupt bedinge, daß der Kampf entschlossen durchgeführt werde“ und sucht in dieser Lesart den Schein zu erwecken, als hätten wir zu diesem Strike speziell aufgemuntert, um uns für alle Fälle öffentlich verantwortlich zu machen. Wir erklären diese Darstellung des Verbandes, nach Form und Sinn als unwahr und weisen den Versuch einer solchen Verdächtigung entschieden zurück.  
Leipzig, den 25. März 1875.

Jul. Rotteler.  
B. Fink, Expedient des „Volksstaat“.

Ob der „Dresdner Anzeiger“, der in derselben Anzeigenzeit das folgende Geschreibsel verübte, von der obigen Berichtigung Notiz nehmen wird, wollen wir bei der bekannten Ehrenhaftigkeit der national-liberalen Presse nicht vorweg behaupten. Jedensfalls ist es von Interesse, zu hören, wie auch der „Dresdner Anzeiger“ liegt: Es heißt da:

„In Neufellerhausen bei Leipzig beschlossen die Arbeiter der Bogel'schen Maschinenfabrik wegen Lohnherabsetzung die Arbeit niederzulegen. Einige Arbeiter, besonders Familienväter, reute der Entschluß, und es rückten nun Reichstagsabgeordneter Rotteler und Emisäre des „Volksstaat“ aus, um mit flammenden Worten den Strike durchzusetzen. Dies geschah am Sonntag; die Feuerreden klangen prächtig und — am Dienstag arbeiteten bereits 150 von den 200 Arbeitern wieder. So meldet das „Leipziger Tageblatt“; bedarf es ein Wort der Erläuterung? Den Dank für ihre Besonnenheit werden die Arbeiter selbst ernten, indem sie vor der unausbleiblichen Zerrüttung ihrer Familien bewahrt bleiben.“

**Kleinschöcker.** Am 1. März tagte auf der „Terrasse“ eine Versammlung, welche vom Bürgervereine einberufen war zur Gründung eines Vereins, welcher die Aufgabe haben soll, die vom hiesigen Pastor Schwabe projektierte Kleinkinderbewahranstalt durch Geld und geistige Mittel ins Leben zu bringen. Die Versammlung war ziemlich schwach besucht. Nur der Bürgervereine (Fortschrittspartei) hatte, mit Ausnahme einiger Sozialdemokraten, sein etwa 40 Mann starkes Kontingent gestellt. Etwa um 9 Uhr eröffnete Pastor Schwabe die Versammlung. Ohne eine Bureauwahl vorzunehmen, begann der Pastor sein Referat und setzte der Versammlung auseinander, daß er in seinem früheren Wirkungskreise (Rameny) schon eine Kleinkinderbewahranstalt gegründet habe, welche sehr segensreiche Früchte bringe. Derselbe suchte in seinem Referat und begründete, daß sich zu einer solchen Anstalt in Kleinschöcker ein recht dringendes Bedürfnis immer mehr fühlbar mache; und daß sein Projekt wirklich auf guten Boden gefallen sei, bewies auf das deutlichste die Subscriptionsliste (850 Mkt. 90 Pf., wovon der Baron von Lauchitz 516 Mkt. gegeben hat, sind eingezogen.) Ob das Bedürfnis wirklich so groß ist, beweisen wir stark. Der Herr Pastor führte aus, daß zwar die Eltern in der Kindererziehung nicht erstet werden könnten, daß die Kinderbewahranstalt aber doch nothwendig sei, weil die meisten Eltern in Kleinschöcker darauf angewiesen seien, entweder in der Fabrik oder auf dem Felde ihrem Broderwerb nachzugehen, und in Folge dessen nicht die nothwendige Sorgfalt auf die Kleinen verwenden können. — Ja, lieber Pastor, es ist traurig, daß es so ist, aber noch trauriger ist es, daß Sie als Pastor hier direkt für das Kapital in die Schranken treten. Trost hat Ihnen ja schon in seiner Erwiderung gesagt, daß diese Anstalt keinen andern Zweck hat, als den Müttern die Kindererziehung abzunehmen, damit sie in der Gottesfurcht, wie Sie sagten, zur Schule herangebildet würden, zum selbstständigen Denken, und damit die Mütter in der Fabrik oder auf dem Felde den Männern Konkurrenz machen können, damit die Arbeitslöhne immer noch mehr herabgedrückt werden können, und der Reizen, anstatt den Arbeitern, den Besitzenden mißthätig in den Schooß fällt. Wir werden und nicht irren, wenn wir annehmen, daß unter den Letzteren auch Sie sich befinden. Nun, wir werden ja sehen, was aus dieser Anstalt wird. Da der Raum des „Volksstaat“ beschränkt ist, so müssen wir mit dem Pastor aufhören, um mit dem Herrn Lehrer Kamis noch ein Wörtchen zu reden. Wenn im Laufe der Debatte bei der Statutenberathung die Zeit etwas rascher verlies und die Uhr halb 12 zeigte, so waren Sie, Herr Lehrer, deshalb immer noch nicht im Rechte, die Versammlung aufzusfordern, die Angelegenheit auf die leichte Kackel zu nehmen. Und dünkt, die Gründung einer Kinderbewahranstalt hat eine tiefere Bedeutung, als daß man sie auf die leichte Kackel nimmt. Wenn diese Angelegenheit von einem Andern gemacht wäre, würde es uns nicht wundern, von einem Lehrer ist es aber unverzeihlich. Wir empfehlen Ihnen zu lesen: „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit von

Sad.“ Nun hätten wir noch eine Frage auf dem Herzen: Wo war denn am 1. März der aller erwidrende und aller verbessernde Gemeindevorstand? Wenn nicht alle Propheeten lügen, so scheint die in der Gemeinde sich still verbreitende Ansicht richtig zu sein, daß der Gemeindevorstand durch seine chinesische Mauer sich selber abschließt, um den zwar um kein Haar besseren Bürgerverein nach und nach das Alleserwähnen zu überlassen. Wir sind begierig, welche Stellung derselbe nehmen wird, wenn der neue Verein von dem Gemeindevorstand Subvention verlangt. Dem Pastor zu Gefallen werden die Herrn wohl „Ja“ sagen.

Dresden, 22. März. Der Generalstaatsanwalt Schwarze ist nun endlich so gnädig gewesen und hat, nicht über seine Reichstagsfähigkeit, sondern über den Reichstag Bericht erstattet, doch nicht vor seinen Wählern, nicht in öffentlicher Versammlung, sondern hinter verschlossenen Thüren in einem obstruktionistischen Bezirkverein. Da erzählte nun der Herr General-Staatsanwalt, wie es mit den Parteien beschaffen ist. Süße Eintracht unter den Reichsfreunden. Von der Fraktion, zu der der Herr Generalstaatsanwalt gehörte, erzählte derselbe sehr wenig. Seine Wähler dürfen noch nicht erfahren, was die Fraktion der Großgrundbesitzer, der Grafen, Fürsten, Herzöge und der hohen Beamten, der Generalstaatsanwälte, Kreishauptleute ist. Herr Schwarze war a bissel sächsisch, a bissel deutsch, so bleibt er patriotisch und reichsfreundlich. Er will das Schwarz-Weiß-Roth mit Grün mischen, damit ein grünlicher Schimmer entsteht und die Sachsen denken: unser Grün ist auch dabei. Denn etwas Anderes kann doch die Aeußerung unseres rechtselbischen Abgeordneten nicht bedeuten, wenn er sagt, er wolle die Vorzüge(?) unserer sächsischen Gesetzgebung in Berlin zur Geltung bringen. Genug öffentlich aufzutreten wagen diese Herren nicht. Es ist die Furcht vor der Sozialdemokratie. In öffentlicher Versammlung nimmt Herr Schwarze den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht auf. Es kämpft sich ja auch weit sicherer vom Generalstaatsanwalts-Sessel aus.

Reichenbach i. F. Veranlaßt durch den in Nr. 31 des „Volkstaat“ enthaltene Bericht aus Reichenbach i. S. erlaube ich mir einen kleinen Fehler zu berichtigen. In dem Etablissement von Georg Schieber arbeiten nicht gegen 500 Arbeiter, sondern nur 250-300. Ich erwähne dieses Umstandes nur, da es sonst leicht den Anschein gewinnen könnte, als ob zu einem reinen Einkommen von 50,000 Thaler bei einem derartigen Etablissement die Arbeit von 500 Menschen erforderlich sei. Nein, bei der heutigen Produktionsweise genügen schon 250-300. Und daß die 50,000 Thaler nicht zu hoch veranschlagt sind, beweist der Umstand, daß gegenüber dem Schreiber dieses, der Gelegenheit hatte, mit einem sachverständigen Manne darüber zu sprechen, es von diesem nur sehr matt bezweifelt wurde. Und doch ist, so viel der Schreiber dieses weiß, genanntes Etablissement zu den lombardischen Abgaben nur mit 30,000 Thaler abgeschätzt.

Frankfurt a. M. Es dürfte jedenfalls nicht unzulässig erscheinen, die hiesigen Freunde unserer Sache sowie die Parteigenossen und die Leser des „Volkstaat“ zu dem bereits begonnenen Quartal zu zahlreichem Abonnement auf denselben zu ermahnen. Wie schon bekannt, werden in Zukunft der „Volkstaat“ und „Neue Sozialdemokrat“ die offiziellen Organe der neu zu gründenden deutschen Arbeiterpartei sein. Daß es Pflicht eines jeden Sozialisten ist, für deren weiteste Verbreitung zu wirken, braucht kaum erst erwähnt zu werden, und doch müßte bei Weitem mehr gesehen, als bisher gesehen ist. Die Parteigenossen und die Leser des „Volkstaat“ sind es gerade, an die ich mich speziell wende, da für sie in Frankfurt die Einrichtungen bezüglich des Abonnements nicht getroffen sind, wie bei den Abonnenten des „Neuen Sozialdemokrat“, die einen eigenen Colporteur haben. Es sind in Folge dessen für und nicht die Vortheile und Bequemlichkeiten zum Abonnieren vorhanden, wie bei letzteren, sondern wir sind gezwungen, zur Post zu gehen. Wir haben also um so mehr Sorge dafür zu tragen, daß wenigstens dies geschieht. Jede sich darbietende Gelegenheit muß benutzt werden, um unter Freunden und Bekannten Abonnenten auf den „Volkstaat“ zu gewinnen. Darum gehe ein Jeder zur Post und abonniere für das neue Quartal den „Volkstaat“.

Offenbach, 23. März. Mit Widerstreben, jedoch durch die letzten Vorkommnisse gezwungen, sehen wir uns veranlaßt, das Gehabene einiger Herren, welche sich berufen glauben, unbedingt eine Rolle in der Arbeiterwelt spielen zu müssen, zur Kenntnis der Arbeiterwelt zu bringen. Nachdem die Herren Stütz, Heuser und Müller im verfloßenen Jahr aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgetreten waren, glaubten dieselben auf eigene Faust Sozialismus treiben zu müssen und gründeten demzufolge einen sogenannten Vorkommnisse behufs Herausgabe eines Arbeiterblattes. Daraus forderten die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei genannte Herren auf, in die Partei einzutreten, um innerhalb der Arbeiterbewegung für dieselbe zu wirken; dieselben erklärten aber dies unter keinen Umständen thun zu wollen. Später, als das projektierte Blatt, wie bekannt, mit Hilfe der Mainzer und Frankfurter Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, trotz des Widerspruchs der Offenbacher Parteigenossen, ins Leben gerufen war, schien es anzusehen, als ob die Herren Stütz, Heuser und Müller dies wirklich im Interesse der gesammten Arbeitersache gethan hätten, da, wie bekannt, W. Bloß die Redaktion dieses Blattes führte. Doch nur zu bald warfen die Herren die Maske ab und zwar aus folgenden Gründen. Nachdem dieselben nach ihrer eignen wiederholten öffentlichen Erklärung kein Geld mehr vom Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins erhielten, also ihre Rechnung nicht mehr fanden, glaubten sie den damals herrschenden Zwiespalt in der deutschen Sozialdemokratie benutzen zu können, um sich eine Domäne zu schaffen. Als aber freilich für jene Herren viel zu früh der von uns mit Freunden begrüßte Einigungsorschlag gemacht wurde, hielten wir behufs Besprechung des gemachten Vorschlags eine gemeinschaftliche geschlossene Mitgliederversammlung ab, welche, wie bereits durch den „Volkstaat“ und „Neuen Sozialdemokrat“ bekannt, zur allgemeinen Zufriedenheit ausfiel. Da wurde es genannten Herren ungemüthlich und flugs beriefen sie eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Wer sind die Verwüster“, ein. Auf das Geschimpf selbst wollen wir nicht eingehen, müssen aber erwähnen, daß diese Herren die von uns abgehaltene Versammlung als eine solche von Wublen erklärten, zugleich aber auch die Erklärung abgaben, jetzt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beitreten zu wollen. Hieraus erklärte der Vertrauensmann, unter solchen Verhältnissen die Aufnahme der Herren Stütz, Heuser und Müller zu verweigern zu müssen. Bis zu dieser Zeit hatte die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ eine rein prinzipielle Haltung, soweit dies bei einem Lokalblatte möglich ist, nachdem

aber W. Bloß von der Redaktion juristischgelehrten und Herr Stütz an dessen Stelle getreten war, verleugnete genannte Zeitung jedwache prinzipielle Haltung, die Redaktion begnügte sich, aus der „Kölnischen Zeitung“ und anderen Bourgeoiszeitungen ohne jedweden Commentar hin und wieder auch aus den Arbeiterzeitungen aber ohne Quellenangabe Artikel abzubucken. Dieses über das Blatt. Und nun kurz zu den Herren selbst. Am 17. März beriefen wir eine Volksversammlung zu Ehren der Märzkämpfer ein. Auf der Tagesordnung stand: „Die Reaktion“, Referent Ulrich; und „Die Vereinigung der Sozialdemokratie“, Referent W. Bloß. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Müller den Antrag, Ulrich nicht sprechen zu lassen, da derselbe die Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung Lunte genannt habe. Fällt es uns nun auch gar nicht ein, diese Gemeinheit dem Antragsteller gegenüber juristisch zu weisen, so müssen wir dies doch den Arbeitern gegenüber thun, und erklären wir hiermit die Aeußerung für eine gemeine Lüge. Wie man sich denken kann, war die ganze Sache darauf berechnet, die Versammlung zu sprengen, was den Herren auch gelang. Wir wollten diesen Tag, der gewiß jedem freisinnigen Mann heilig ist, nicht weiter verunglimpfen lassen und zogen uns deshalb in das Partei-Kolal zurück und feierten dort das Andenken der Märzkämpfer in würdiger Weise. Nachdem wir in gedrängter Kürze einen Ueberblick der hiesigen Verhältnisse gegeben haben, bringen wir den Beschluß der Offenbacher Mitglieder beider Fraktionen zur öffentlichen Kenntniss. Der Beschluß lautet: Die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ entspricht in ihrer jetzigen Haltung keineswegs den Anforderungen der Sozialdemokratie und weisen wir jede Gemeinschaft mit ihr zurück. Nachdem die Herren Stütz, Heuser und Müller in ihrer Annahme so weit gegangen sind, eine Versammlung, in welcher die Einigung der Sozialdemokratie auf der Tagesordnung stand, zu stören, erklären wir dieselben für unwürdig, in die Arbeiterpartei aufgenommen zu werden, so lange dieselben in ihrer jetzigen Haltung beharren. Die Mitglieder beider Fraktionen.

Augsburg, 26. März. In den letzten Versammlungen der hiesigen Parteimitglieder wurde das Programm und die Organisation der zu gründenden deutschen Arbeiterpartei berathen und der Unterzeichnete beauftragt, das Resultat dieser Berathung im „Volkstaat“ zu veröffentlichen. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß man eine Vereinigung der beiden Fraktionen sehr wünscht, keiner derselben konnte sich jedoch mit dem Programm, wie mit dem Organisations-Entwurf vollständig befunden. Bezüglich des Programms wurde erwähnt, daß es gegenüber unserem bisherigen einen Rückschritt als Fortschritt bedeute. Insbesondere konnte man nicht einsehen, warum es noch eigens ausgesprochen werden müsse, daß die „deutsche“ Arbeiterpartei zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staates wirke. Weiter sprach man sich gegen Abs. 1 in III aus, wo zur Aushaltung der Lösung der sozialen Frage Staatscredit (im Entwurf steht: Staatshilfe. R. v. S.) verlangt wird, da wohl kein Sozialist im heutigen Klassenstaate einen solchen Schritt für möglich halte. — In Bezug auf die Organisation wurde außer einigen untergeordneten Punkten die Nothwendigkeit der Streichung des § 13 ausgesprochen, damit die Unabhängigkeit der Control-Commission gegenüber etwaigen Diktaturgelüsten des Vorstandes gewahrt sei. — Die letzte Versammlung beschloß, ihren Delegirten zu beauftragen, in diesem Sinne beim Congreß auf Abänderung des Programm- und Organisations-Entwurfes zu wirken. — Möchten die Parteigenossen allerorts eifrig an die Berathung der Vorlage gehen und ihre Meinungen im Parteiorgan veröffentlichen, es würde dadurch die Arbeit des Congreßes bedeutend vermindert werden.

An die Vorstände sämtlicher deutschen Gewerkschaften, sowie der verschiedenen lokalen Fachvereine.

Freitag, den 27. März, fand in Hamburg eine Conferenz sämtlicher dort befindlicher Gewerkschaftsbevollmächtigten statt, an welcher ebenfalls die Herren Schönig, Geib, Otto Kapell, Finz, Auer, Hartmann, Drogand, Riede und andere in der Arbeiterbewegung bekannte Persönlichkeiten Theil nahmen.

Zweck dieser Conferenz war die Besprechung der gewerkschaftlichen Organisation, resp. Centralisation aller Gewerkschaften in einen Centralverband. Nachdem von allen Seiten die Nothwendigkeit solcher Organisation und Centralisation betont worden war und man selbstverständlich dabei hervorgehoben hatte, daß der Einigung der politischen Arbeiterparteien auch die der Gewerkschaftsparteien folgen müsse, wurde folgender Antrag des Herrn Otto Kapell angenommen:

- a. Ende April d. J. eine Conferenz sämtlicher Vorstände der jetzt organisirten Gewerkschaften von beiden Seiten einzuberufen. Diese Vorstände beschließen unter sich, wie viel Delegirte sie zu dieser Conferenz senden.
- b. Zweck der Conferenz:
  - 1) Einheitliche Organisation der einzelnen Berufsgruppen, Ausharbeitung eines Statuts, welches den darauf stützenden Generalversammlungen und Congreßes der betreffenden Berufsgruppen unterbreitet werden soll.
  - 2) Ausharbeitung eines alle Gewerkschaften verbindenden Organisationsentwurfes.
  - 3) Festsetzung der Zeit, in welcher ein allgemeiner Gewerkschaftscongreß stattfinden soll.

Um diese Beschlüsse zunächst praktisch zur Ausführung zu bringen, wurden die drei Unterzeichneten gewählt, und ersuchen diese die obgenannten Vorstände um möglichst baldige Zusendung genauer Adressen, an welche die Einladung zur Conferenz zu senden ist. Bei der Wichtigkeit dieser Frage möge Jeder zur leistungsfähigen Entwicklung der Gewerkschaften dadurch beitragen, daß er so schnell als möglich dem Wunsche der Unterzeichneten nachkommt.

Otto Kapell, Berlin, Waldemarstraße 66.  
H. Riede, Braunschweig, Schöpfferstraße 50.  
H. Groß, Hamburg, St. Pauli, Bergstraße, Hof 23.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des obenstehenden Auftrages gebeten.

Briefkasten  
der Expedition. W. Schlr. Reichenberg: Wenn möglich werden wir Ihnen den Bd. I der Pfaffenpeitsche verschaffen.  
H. Becker in Genf: Haben Sie im Zeitraum vom 1. Februar bis 15. März aus Berlin keinen Brief erhalten? Warum keine Antwort?  
K. Trautmann.

Quittung.  
der Expedition. Weiss Altona Ann. 0.50. Wörning Elmshüttel Ann. 3.00. Wllr Bockenheim Schr. 2.45. Dpfil Paris Ab. 5.00. Wllr hier Ab. 15.00. R. Wrtm hier Ab. 3.60. Sliberg Wien Ab. 15.00. P. Schlich Liege Ab. 4.06. Alb Morgenroth hier Schr. 4.80. Hann Forzheim Ab. 6.00. Fmunn Berlin Ab. 4.00. Ergz Dresden Ann. 0.30. Dyr Wlwidan Ab. 64.00. Otto Hamburg Ab. 17.00. Schr. 36.45. Schmidt Wiedern Ab. 1.60. Schnde Wannheim Ab. 19.50. Grimms Janowitz

Ab. 5.10. Schlr Lindenau Ab. 11.25. Sbrz Elmshüttel Ann. 1.00.  
Wllr hier Ab. 2.75. Fhmnn hier Ab. 0.55. Edl hier Ab. 9.55.  
Pntstt hier Ab. 1.25. Dpdm hier Schr. 0.75. Fdmr Dresden Ab. 1.30. Dblsch hier Ab. 5.10, Schr. 4.60. Fngreit hier Ab. 7.80.

Für die Hinterbliebenen Fords.  
Bon R. Wrtm hier 2.40.  
Fond f. pol. Gemafregelte.  
Bon Döfil Paris 1.00, v. Dr. L. hier 1.50, v. L. hier 0.25.  
Für die ausgesperrten Arbeiter der Vogelsgelb Fabrik.  
Bon Arbeitern der Röhrenfabrik v. Riehl hier 7.35. In der  
Versammlung der Sozialdemokraten Leipzig d. 12. 79. R. Lubwig.

Breslau  
Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 18. April d. J., Nachmittags halb  
4 Uhr, im Lokale zum Weißen Engel, Kapferschmiedestr. Nr. 11:  
Generalversammlung.  
L. D.: 1) Rechenschaftsbericht vom ersten Quartal 1875.  
2) Neuwahl des Vorstand.  
3) Verschiedenes.  
Die Mitglieder müssen alle pünktlich erscheinen.  
H. Rebel, Bev. [100]

Cöln  
Sonntag, den 11. April, halb 11 Uhr Morgens, in der  
Stoße, am Hof Nr. 14:  
Öffentliche Arbeiterversammlung.  
L. D.: Trennung von Staat und Kirche! Ref.: M. Kittinghausen.  
Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen bitten wir die Parteigenossen, Abonnenten des „Volkstaat“ und des „Neuen Sozialdemokrat“, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Sectanensm. [70]

Cöln  
Das  
Erste Stiftungsfest  
des Fachvereins der Schuhmachergesellen für Cöln und Umgegend,  
bestehend in großem Festball und Festrede, findet am  
Sonntag, den 11. April, Abends halb 8 Uhr  
in sämtlichen Lokalitäten des alten Rahberg statt.  
Entré 75 Pf. — Damen frei. — Kassenspreis erhöht.  
Der Ball findet unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Bock statt.  
Karten sind im Vereinslokale bei Herrn Rodemann, Streitzengasse  
Nr. 37 zu haben.  
Freunde der Arbeitersache sind herzlich willkommen.  
Der Vorstand. [300]

Connewis  
Arbeiterverein.  
Mittwoch, d. 7. April: Zusammenkunft in Gerhardt's  
Restaurant.  
D. S. [30]

Gotha  
Sonntag, den 11. April, Nachmittags 4 Uhr, im oberen  
Clublokal:  
Generalversammlung der Holzarbeitergewerkschaft.  
Tagesordnung: Kassensbericht und innere Vereinsangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden auf § 26 des Krankentagesstatut aufmerksam  
gemacht.  
Der Vorstand. [60]

Leipzig  
Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 10. März:  
Versammlung Bindmühlenstraße Nr. 7.  
L. D.: Diskussion über die eingegangene Frage: Sind Mitglieder,  
welche sich bei einem Strike nicht betheiligen, noch als solche zu betrachten?  
Referent: Seiffert. — Aufnahme neuer Mitglieder.  
Mittwoch Abends: Ausfluß-Sigung. — Tagesordn.: Abrechnung.  
D. S.: H. Schiffel. [30]

Leipzig  
Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Donnerstag, den 8. April, Abends halb 9 Uhr:  
Versammlung bei Jacobi, Rosenbaldgasse.  
Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht. Referent: Finz. —  
Bericht von Rud. Seiffert. Der Vorstand. [50]

Leipzig  
Gewerkschafts-Vorstände.  
Freitag, den 9. April, Abends halb 9 Uhr: Zusammenkunft  
bei Hrn. Schreiber, Mühlengasse.  
R. [30]

Steinmeyer-Gesuch.  
Es können 2 gute solide Arbeiter in Grabstein und Monument,  
nach eine in Granit, der andere in Sandstein, die selbstständig und gut  
nach Zeichnungen arbeiten, dauernde Arbeit und hohen Lohn erhalten bei  
E. F. Petersen, Steinmeyer. [175]

Geburtsanzeige.  
Durch die Geburt eines gefunden Knaben wurden erfreut  
Einsbittel, 23. März 1875. W. Siedenburgen und Frau. [100]  
Bon jetzt an wohne ich:  
Grotze Schirzstraße Nr. 7, 4. Etage, bei Herrn Herwig.  
Dresden. R. Tröger, Vertrauensmann. [30]

Photographien von Theodor Zord  
in Bistenkartenformat  
a 25 Pfennige das Stück, zwei Dutzend zu 5 Rmk. gegen baar;  
in klein Folio-Format  
a Stück 3 Rmk., 6 Stück gegen baar 15 Rmk.  
find zu beziehen von der  
Buchhandlung des „Volkstaat“.

Die Allgemeine Buchbinderzeitung,  
Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftsweige  
erscheint in Leipzig wöchentlich 1 Mal. Preis pro Vierteljahr durch  
die Post bezogen 1 Mark. Annoncen finden die weiteste Verbreitung in  
Deutschland, Oesterreich und der Schweiz.  
Die Redaktion der Allgemeinen Buchbinderzeitung,  
Sternwartenstraße 23.

Westdeutscher Arbeitertag  
Sonntag, 11. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn  
Bospoth, Lütgenbrückstraße,  
in  
Dortmund.  
Tagesordnung:  
1) Der Congreß der deutschen Sozialisten.  
2) Besprechung der Vorlagen für das Programm und die Organi-  
sation der deutschen Arbeiterpartei.  
3) Erhöhung der höchsten Zahl der Mandatgeber eines Congreß-  
Delegirten von 400 auf 1000.  
Der Congreß wird ein der wichtigsten Ereignisse in der deutschen  
Arbeiterbewegung sein. Die Vereinigung der Sozialisten Deutschlands  
auf einer dauerhaften prinzipiellen und organisatorischen Grundlage,  
welche den inneren Frieden verbürgt, die Agitation befördert und allen  
Angriffen von Außen wirksamem Widerstand zu leisten vermag, — das  
ist die hohe Aufgabe des Congreßes, in Betreff welcher unzweifelhaft  
wichtige Arbeit und die mögliche Verständigung vor dem Zusammen-  
tritte des Congreßes herbeigeführt werden muß. — Hierzu soll der  
Westdeutsche Arbeitertag mitwirken, zu dessen allseitiger Besichtigung durch  
Delegirte wir die westdeutschen Parteigenossen beider Fractionen dringend  
einladen.  
Bei allen Zügen sind Führer an den Bahnhöfen.  
Im Auftrage:  
Rehmer (Essen). Seelig (Dortmund). Stahe (Remscheid).  
Töde (Herfodn). Woyla (Elm). [380]

\*) Gezwungen? Warum es nicht machen wie die Mitglieder des  
Allgem. deutsch. Arbeitervereins?